

Stand: 27.07.2024 03:58:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/491

"Zeugnisglück statt PISA-Schock - jetzt umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg auf den Weg bringen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/491 vom 21.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/527 vom 22.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 11 vom 22.02.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zeugnisglück statt PISA-Schock – jetzt umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg auf den Weg bringen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend mit folgenden, zusätzlichen Maßnahmen auf die verheerenden PISA-Ergebnisse zu reagieren:

- Es soll ein schulscharfer Sozialindex, vor allem für die Grundschulen, erarbeitet werden. Der Sozialindex dient dazu, Schulen mit dem größten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für eine effektive Schülerinnen- und Schülerunterstützung zu identifizieren. Dieses Werkzeug misst die sozioökonomischen Herausforderungen der Schülerinnen und Schüler, um gezielt dort zu helfen, wo es am nötigsten ist.
- Das Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** soll modifiziert und über das Schuljahr 2023/2024 hinaus fortgeführt werden. Ziel soll sein, dass die Schulen ein eigenes Budget, dessen Höhe von dem erarbeiteten Sozialindex abhängt, bekommen. Diese Mittel können beispielsweise für besondere Angebote im Ganztag, Begabungsförderung, Demokratiebildung und Nachhilfe verwendet werden. Die Schulen entscheiden dabei selbst, für was sie ihr Budget einsetzen. Auch das Sonderprogramm **Ferienangebote** soll weitergeführt und auch in Zukunft vom Bayerischen Jugendring (BJR) koordiniert werden.

Begründung:

Als Reaktion auf die verheerenden PISA-Ergebnisse führt die Staatsregierung eine Unterrichtsstunde mehr Deutsch in den Klassen 1 bis 4 und je eine Unterrichtsstunde mehr Mathematik in den Klassen 1 und 4 in der Grundschule ein und setzt auf mehr Leseförderung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßt diese Maßnahmen als längst überfällig, denn der Leistungsabfall hat sich bereits letztes Jahr in den IGLU-Ergebnissen abgezeichnet. Die zusätzlichen Unterrichtsstunden werden aber gerade für benachteiligte Kinder und Jugendliche bei Weitem nicht ausreichend sein. Zudem soll das wichtige Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** nach dem Schuljahr 2023/2024 auslaufen, das den Schulen als Aufholprogramm nach Corona zur Verfügung stand.

Durch Corona haben alle Kinder und Jugendlichen gelitten. Die psychischen Erkrankungen sind massiv angestiegen. Aber auch die Leistungen sind noch mal schlechter geworden im Vergleich zu den Bildungsstudienergebnissen der Jahre davor. Das heißt, grundsätzlich brauchen alle Schülerinnen und Schüler mehr Unterstützung, und zwar sowohl im sozial-emotionalen Bereich als auch im Bereich der Lernförderung. Darum ist es wichtig, das Programm **gemeinsam.Brücken.bauen** auch über das Schuljahr 2023/2024 fortzuführen.

Im Bereich der Lernförderung ist es jedoch wichtig, dass die Ressourcen bedarfsorientiert und zielorientiert verteilt werden, sodass sie die maximale, kompensatorische Wirkung entfalten können. Denn PISA und andere Bildungsstudien zeigen auch, dass wir in Deutschland besonders schlecht sind, was die soziale Gerechtigkeit angeht. Das heißt, Schülerinnen und Schüler, die von ihren Eltern nicht in der Schule unterstützt werden können oder sich keine Nachhilfe leisten können, schneiden wesentlich schlechter ab. Und diese Kinder brauchen noch mal mehr Unterstützung als die aus Elternhäusern, wo das möglich ist. Das berücksichtigt die neue Staatsministerin für Unterricht und Kultus bisher aber nicht. Soziale Gerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn die Schwächsten am meisten Unterstützung erhalten. Das kann mit der Einführung eines Sozialindex erreicht werden. Mit diesem kann man messen, an welchen Schulen besonders viele benachteiligte Kinder sind. Und diese Schulen bekommen dann höhere Budgets im Rahmen des fortgeführten Programms gemeinsam. Brücken.bauen. Diese Budgets können die Schulen nach ihrem eigenen Bedarf einsetzen, indem sie zum Beispiel außerunterrichtliche Angebote mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler anbieten, zeitlich begrenzte Projekte oder Veranstaltungen, die nicht zum Unterricht nach Stundentafel gehören (z. B. mit sportlicher, kultureller, nachhaltigkeitsfördernder oder sozialer Zielsetzung), durchführen. Externe Expertinnen und Experten mit besonderen Fachkenntnissen und Qualifikationen können in den Unterricht geholt werden und die Lehrkräfte bei der Begabungs- und Begabtenförderung unterstützen. So ermöglichen wir allen gerechte Ausgangsbedingungen.

Durch das Programm gemeinsam.Brücken.bauen wurden aber auch zusätzliche Ferienangebote gefördert: Das Sonderprogramm Ferienangebote wurde als Reaktion auf die sozialen und psychischen Folgen der Coronapandemie für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen. Es zielt darauf ab, in den Ferienzeiten Entlastung zu bieten und das Gemeinschaftserleben zu fördern. Neben der Unterstützung der Kinder und Jugendlichen entlastet es auch die Eltern. Die Fördermittel ermöglichen Trägern der Jugendarbeit qualitativ hochwertige Programme zu entwickeln. Viele Antragsteller betonen laut BJR, dass ohne diese finanzielle Unterstützung viele Angebote nicht realisierbar wären. Mehr als 45 000 Kinder und Jugendliche haben seit 2020 am Sonderprogramm Ferienangebote teilgenommen. Im Sommer 2023 verzeichnete das Sonderprogramm neue Rekorde: über 2 200 Gruppen (2022: 1 600 Gruppen) und rund 26 400 zusätzliche Ferienplätze konnten angeboten werden, mehr als die Hälfte davon in den Sommerferien.¹

¹ vgl.: <https://www.bjr.de/service/presse/pressemeldungen/rekordnachfrage-bei-ausserschulischen-bildungsangeboten-fuer-kinder-und-jugendliche-in-den-ferien-1>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Christian Zwanziger, Benjamin Adjei, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

Drs. 19/491

Zeugnisglück statt PISA-Schock – jetzt umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg auf den Weg bringen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Gabriele Triebel

Abg. Nicole Bäumlner

Abg. Dr. Ute Eiling-Hütig

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Martin Brunnhuber

Staatsministerin Anna Stolz

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe nun zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zeugnisglück statt PISA-Schock - jetzt umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg auf den Weg bringen! (Drs. 19/491)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Nicole Bäumlner u. a. und Fraktion (SPD)
Bessere Förderung und mehr Chancengerechtigkeit für Bayerns Schülerinnen und Schüler nach dem PISA-Schock (Drs. 19/504)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Frau Kollegin Gabriele Triebel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Ministerin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Morgen gibt es das Zwischenzeugnis. Viele Schülerinnen und Schüler zittern heute schon und werden heute Abend vielleicht gar nicht einschlafen können. Warum? – Sie fürchten sich davor, die schlechten Noten nach Hause zu bringen, sitzen zu bleiben

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es gibt viele, die tolle Noten haben!)

oder mit einem schlechten Zeugnis keinen Ausbildungsplatz zu finden.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gerade diesen Kindern und Jugendlichen einen positiven Blick auf ihre schulische und berufliche Zukunft schenken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass das deutsche und auch das bayerische Bildungssystem gerade schwachen Schülerinnen und Schülern zu wenig unter die Arme greift, haben einmal mehr die letzten Pisa-Ergebnisse gezeigt. Unser Bildungssystem verfestigt und verschärft momentan die sozialen Unterschiede. Wenn wir so weitermachen, wird die Gruppe der Abgehängten immer größer.

Viele Lehrkräfte zerreißen sich jedoch förmlich, um sich diesem Trend entgegenzustellen, doch alleine können sie das gar nicht schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN – vor allem bei Ihnen –, wir haben wieder einmal kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geplant sind jetzt zwar mehr Deutsch- und Mathestunden. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, doch der reicht nicht, gerade für Schülerinnen und Schüler, die in diesen Fächern wirklich zu kämpfen haben. Was gerade diese Kinder brauchen, ist mehr und gezielte Förderung. Führen Sie also endlich den schulgenauen Sozialindex ein. Erkennen Sie endlich an, dass es Schülerinnen und Schüler gibt, die mehr Unterstützung brauchen als andere. Geben Sie den Schulen mehr Ressourcen, die es wirklich nötig haben. Zünden wir doch endlich mal den Bildungsturbo auch hier in Bayern,

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

für glückliche Schülerinnen und Schüler, entspannte Eltern, zufriedene Lehrkräfte und eine starke bayerische Wirtschaft. Diese Kinder werden die Handwerker, die Wissenschaftlerinnen, die Bäcker, die Metzger, die Ärztinnen, die Ingenieurinnen von morgen sein, wenn wir ihnen eine gerechte Chance geben.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Durch Corona sind uns viele Schülerinnen und Schüler regelrecht verloren gegangen. Als Folge wurde das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" mit Unterstützung des Bundes aufgelegt; es soll dieses Schuljahr auslaufen.

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns dieses Programm verstetigen. Nutzen wir die bereits aufgebauten Strukturen. Geben wir den Schulen weiterhin die Möglichkeiten, Programme zur Lern- und auch zur Begabtenförderung weiterzuführen und auszubauen.

Es geht bei "gemeinsam.Brücken.bauen" auch um die Fortführung der zusätzlichen Ferienprogramme, die der Bayerische Jugendring koordinierte. Im Sommer 2023 waren es über 23.000 zusätzliche Ferienplätze, sodass Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben und neue Erfahrungen sammeln konnten. Welch ein Mehrwert für die Familien, den es weiterhin geben muss!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Einführung des schulgenauen Sozialindex und die Weiterführung des Programms "gemeinsam.Brücken.bauen" sind zwei wichtige Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit in unserem bayerischen Bildungssystem. Die Erkenntnis durch Pisa ist da. Wir brauchen jetzt entschlossenes Handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aufstieg durch Bildung – das funktioniert, wenn wir die Weichen endlich richtig stellen. Aufstieg durch Bildung – das stärkt das Selbstbewusstsein unserer Kinder und Jugendlichen, das stärkt unsere Wirtschaft, und Bildung stärkt auch unsere Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Triebel. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Nicole Bäumlner.

Nicole Bäumlner (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Alarmglocken läuten, man muss vielleicht vielmehr sagen: sie schrillen. Sie schrillen

seit Anfang Dezember 2023, seit dem Zeitpunkt, als die Pisa-Ergebnisse bekannt gegeben wurden. Ich hoffe inständig, dass das Schrillen der Alarmglocken laut genug sein wird, um die Bayerische Staatsregierung endlich zu wecken und aus ihrer bildungspolitischen Traumwelt in die Realität zu holen.

(Martin Wagle (CSU): So ein Blödsinn!)

Ich glaube tatsächlich, dass wir in vielen Bereichen doch ein Erkenntnisproblem haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität bildet sich in den Pisa-Ergebnissen ab, wie bereits meine Vorrednerin gesagt hat.

Bevor gleich gewisse Einwände kommen: Ja, die Pisa-Ergebnisse sind ein gesamtdeutscher Durchschnitt, und ja, es gibt keine Auswertung, die sich explizit auf die verschiedenen Bundesländer bezieht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Michael Hofmann (CSU): Das ist das Problem!)

Kombiniert man aber diese Ergebnisse einmal mit einem Blick in unsere bayerischen Schulen, stellt sich ein ganz anderes Bild dar; dann wird nämlich klar: Es ist fünf vor zwölf.

(Beifall bei der SPD)

Als Lehrerin weiß ich: In den letzten Jahren gab es immer wieder schrillende Alarmglocken, zum Beispiel zum Schuljahresbeginn 2022/2023. Damals war es nicht der Pisa-Schock, damals war es der Lehrkräftemangel-Schock: 4.000 fehlende Lehrkräfte! Statt grundlegend bildungspolitische Rettungsmaßnahmen zu ergreifen, setzte die Bayerische Staatsregierung damals nur auf – nennen wir es vielleicht einmal eher – oberflächliche bildungspolitische Wundversorgung, und das, obwohl Lehrkräfte, pädagogi-

ches Personal, Bildungsexpertinnen und -experten viele Jahre vor den eklatanten Auswirkungen gewarnt hatten. Jetzt schrillen die Alarmglocken also wieder, ausgelöst durch den Pisa-Schock.

Die Reaktionen auf den Pisa-Schock dürfen weder eine bildungspolitische Schockstarre noch konzeptlose Schnellschüsse sein. Die Reaktion muss sein, dass endlich bildungspolitische Maßnahmen umgesetzt werden, empfohlen von Menschen, die Ahnung haben: Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Bildungsexpertinnen und -experten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn man auf diese Menschen hört, wird sehr klar, dass der Bildungserfolg aller Kinder und Jugendlichen von der Förderung abhängig ist. Deshalb müssen wir die Förderung in den Fokus stellen. Ja, Förderung kostet Geld. Der Bund hat aber gerade das milliardenschwere Startchancen-Programm auf den Weg gebracht. Die Bayerische Staatsregierung muss nun ihre Hausaufgaben machen, damit in den kommenden zehn Jahren auch Hunderte Schulen in Bayern von diesem Startchancen-Programm profitieren können.

(Beifall bei der SPD)

Förderung kostet Geld, und Förderung braucht Zeit. Diese Zeit fehlt aber, weil das Personal fehlt: für die Deutschvorkurse in den Kitas, für den Unterricht in den Schulen – dort ist die Situation teilweise dramatisch.

(Martin Wagle (CSU): Wo ist es besser?)

Vertretungen, Klassenzusammenlegungen, Unterrichtsausfall:

(Martin Wagle (CSU): Wo ist es besser?)

An Unterricht nach Stundenplan ist oft nicht zu denken. Es ist ja schön, dass Ihr Anspruch ist, zu fragen, wo es besser ist. Sollten wir aber nicht mit gutem Beispiel vorangehen?

(Martin Wagle (CSU): Das machen wir ja! Genau das machen wir!)

Lassen Sie uns also jetzt dringend notwendige bildungspolitische Maßnahmen ergreifen.

(Michael Hofmann (CSU): Sie hängen es an Pisa auf! Das ist das Problem! Sie wissen nicht einmal, was in anderen Bundesländern abläuft! Sie können das Ergebnis gar nicht beurteilen! – Zuruf von der SPD: Hören Sie mal zu!)

Diese Maßnahmen sind in unserem Antrag formuliert. Wir müssen an der Qualität des bayerischen Bildungssystems arbeiten, damit nicht der nächste Bildungsschock auf uns wartet. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Bäumler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Ute Eiling-Hütig für die CSU-Fraktion.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ich diese Dringlichkeitsanträge ausgerechnet von GRÜNEN und SPD gelesen habe – ich beziehe mich gleich auf beide –, in denen als Reaktion auf die verheerenden Pisa-Ergebnisse umfassende Maßnahmen für mehr Bildungserfolg gefordert werden, musste ich doch ein wenig schmunzeln – ich gebe es offen zu –; denn die ja schon seit Jahrzehnten andauernde Bildungsmisere in vielen deutschen Bundesländern ist tatsächlich ein Resultat der dort von SPD und GRÜNEN gebetsmühlenartig propagierten Gleichmacherei und der Negation des Leistungsgedankens.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das kann ich auch mit Fug und Recht sagen; denn ich bin schulisch in Nordrhein-Westfalen sozialisiert worden. Das habe ich ganz deutlich mitbekommen.

Die verfehlte Bildungspolitik in den grün oder rot-grün regierten Bundesländern ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass diese gegenüber Bayern in praktisch allen Bereichen schlechter dastehen. Wir haben in Bayern nach wie vor eine hohe Qualität an den Schulen. Das sollten auch die GRÜNEN und die SPD wenigstens ab und zu zur Kenntnis nehmen und erwähnen,

(Florian von Brunn (SPD): Und Sie sollten der Realität in die Augen schauen! Unterrichtsausfall etc.!)

anstatt unsere bayerischen Schulen, Herr von Brunn, permanent schlechztureden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Sehr gut! Bravo! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Es ist nahezu unredlich – es nutzt nichts, quatschen Sie ruhig dazwischen, ich kann mich konzentrieren – –

(Florian von Brunn (SPD): Ich rufe dazwischen! Ich quatsche nicht dazwischen!)

– Genau, das machen Sie, aber wenig Wertvolles.

Es ist nahezu unredlich, von verheerenden Pisa-Ergebnissen für Bayern zu sprechen; denn diese – und das wissen wir alle – lassen sich gar nicht eins zu eins auf Bayern herunterbrechen, da eine länderscharfe Auswertung gar nicht möglich ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es versteht sich aber von selbst, dass auch die Qualität eines guten Bildungssystems immer wieder an die sich im Laufe der Jahre verändernden Anforderungen angepasst werden muss, noch dazu nach einer Pandemie wie Corona mit extrem erschwerten Lernbedingungen – das sehen wir – und dem Zuzug von sehr vielen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund, nicht zuletzt seit dem Ukraine-Krieg auch von ukrainischen Kindern und Jugendlichen.

Wir wollen Chancengerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler. Das bedeutet für uns auch, dass wir selbstverständlich auf die jüngsten Pisa-Ergebnisse eingehen müssen; denn wer nicht richtig lesen, Texte nicht verstehen und auch nicht richtig schreiben oder die einfachsten Rechenaufgaben nicht lösen kann, hat im Leben tatsächlich schlechtere Chancen. Genau da setzen die geplanten Maßnahmen an, auf die ich gleich noch komme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, laut dem aktuellen Bildungsmonitor schneidet Bayern bei der Vermeidung von Bildungsarmut sehr gut ab – zweiter Platz. In der jüngsten Kompetenzerhebung für Viertklässler des IQB zählen nur relativ wenige Kinder zur Risikogruppe. Im Vergleich zur Vorbefragung ist diese Risikogruppe allerdings doch etwas größer geworden. Erfreulicherweise war zum Beispiel der Anteil der Schulabsolventen ohne Haupt- oder Mittelschulabschluss 2021 mit 5,1 % in Bayern der niedrigste in ganz Deutschland – Bundesdurchschnitt 6,2 %.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Mit 86,6 % erfolgreichen Absolventen des Berufsvorbereitungsjahres erzielte Bayern ebenfalls einen deutlich überdurchschnittlichen Wert – Bundesdurchschnitt 56,8 %. Ich glaube, das spricht für sich selbst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben in Bayern bereits ein umfangreiches Angebot an bewährten Instrumenten, um für Schüler mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen und Lernvoraussetzungen passgenaue Unterrichtsangebote bereitzustellen und sie beim Erreichen eines Schulabschlusses zu unterstützen. Ich nenne nur wenige: Es gibt besondere Förderangebote, Förderprogramme für Inklusion, "gemeinsam.Brücken.bauen", Unterstützungsangebote wie Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, Jugendsozialarbeit an Schulen, die Gewährung – das ist mir ganz wichtig – von Spielräumen in der Budgetierung der Schulen, die es ihnen vor Ort ermöglichen, flexibel zusätzlichen Förderunterricht anzubieten. Vor Ort wissen sie am besten, wo das eingesetzt werden muss.

(Beifall bei der CSU)

Das Programm "gemeinsam.Brücken.bauen" – Sie haben es in Ihrem Antrag erwähnt – wurde 2021 wegen der Corona-Krise gestartet, um Schülerinnen und Schüler dabei zu unterstützen, durch etwaige Schulschließungen oder Distanzunterricht entstandene Lernrückstände und psychosoziale Belastungen zu bewältigen, die es in der Tat gab. Das Programm war für zwei Schuljahre konzipiert, wurde dann aber um das Jahr 2023/2024 verlängert, und es läuft auch noch bis Ende des Schuljahres, gerade im Bereich der schulischen Unterstützung. Für das Programm wurden 158 Millionen Euro aus dem befristet angelegten Bundesprogramm "Aufholen nach Corona" sowie Landesmittel in Höhe von weiteren 52 Millionen Euro bereitgestellt. Die Tatsache, dass es von vornherein ein befristetes, corona-spezifisches Aufholprogramm war, schließt die von den GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag geforderte Fortführung aus.

Außerdem haben wir selbstverständlich besondere Förderangebote für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, wie zum Beispiel Vorkurs Deutsch mit 240 Stunden vor der Grundschule, Deutschklassen, DeutschPLUS-Angebote, jetzt noch die Brückenklassen für Schüler aus der Ukraine, Einsatz von Drittkräften, zusätzliche Teilung von Über-25-Klassen an Grund- und Mittelschulen mit einem Anteil von über 50 % an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich schon gewundert, dass die GRÜNEN in ihrem Dringlichkeitsantrag die Erarbeitung eines schulscharfen Sozialindex vor allem für Grundschulen fordern. Dieser solle dazu dienen – ich zitiere – "Schulen mit dem größten Bedarf an zusätzlichen Ressourcen für eine effektive Schülerinnen- und Schülerunterstützung zu identifizieren." – Schulscharf, Sozialindex, identifizieren. Das hört sich für mich eher nach der Sprache aus einem "Tatort" an, nicht aus dem Schulbereich. Ich habe daher schon die Befürchtung, dass ein solcher flächendeckender Sozialindex all diejenigen Schulen stigmatisieren würde, die dabei auf den hinteren Plätzen rangieren, und damit auch die Schülerinnen und Schüler stigmatisieren würde. Das wollen wir nicht. Wie würden Sie als Eltern darauf reagieren? Würden Sie Ihr Kind

noch auf eine Schule mit schlechtem Sozialindex schicken? Glauben Sie doch nicht, dass die Schulleitungen nicht heute schon wissen, wo sie Brennpunkte haben. Das wissen sie auch jetzt schon, ohne dass wir plakativ in die Zeitungen oder in die Medien setzen: Das ist eine schlechte Schule. Was ist das für eine Stigmatisierung? Das bekommen sie nie wieder weg. Nie!

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Leider zwingt uns jetzt das Startchancen-Programm des Bundes in gewissem Maße dazu, einen solchen Sozialindex zu erstellen. Da müssen wir vorsichtig sein und sehr sensibel damit umgehen.

Die im Rahmen des Programmes verteilten Mittel sollen nach einem zu erstellenden und vom Bund zu genehmigenden Sozialindex auf die bayerischen Schulen verteilt werden – 580 Schulen in Bayern. Diese Förderung bzw. Ressourcenzuweisung nach einer Kategorisierung der Schulen anhand eines Sozialindex stellt für Bayern in der Tat einen Paradigmenwechsel dar. Es wird entsprechender Anstrengungen und auch kommunikativer Begleitung bedürfen, damit dieser neue Ansatz in der bayerischen Bildungslandschaft auf allgemeine Akzeptanz trifft. Ob uns dieser Sozialindex wirklich so weiterhilft, wie gedacht, wage ich doch zu bezweifeln.

Ich fasse zusammen: Die von Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht geeignet, um die durch Pisa aufgezeigten Defizite zu beheben. Sinnvoller ist das von der Regierung vorgeschlagene Maßnahmenpaket, das auf Diagnose-Instrumente und Förderprogramme setzt. Deshalb lehnen wir den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ab.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum nachgezogenen Antrag der SPD sagen, "Bessere Förderung und mehr Chancengerechtigkeit für Bayerns Schülerinnen und Schüler [...]". Ich finde es schön, dass da nicht "Schüler:innen" steht.

(Heiterkeit bei der AfD)

Schülerinnen und Schüler zu sagen – die Zeit sollten wir uns nehmen. Die Fördermaßnahmen brauchen nicht gefordert zu werden. Sie sind Teil der Pisa-Offensive Bayern, die haben wir.

Es gibt keine generellen Kürzungen in anderen Fächern. Die Grundschulen erhalten einen erheblichen Gestaltungsspielraum bei der Konkretisierung der Stundentafel. Das trauen wir unseren Schulen zu. Der Doppelhaushaltsentwurf sieht zusätzliches Personal für Schulen vor. Dafür brauchen wir keinen Dringlichkeitsantrag der SPD. Die Vorbereitungen für die Umsetzung des Startchancen-Programms des Bundes laufen bereits, wie Sie wissen bzw. Ihnen bekannt sein sollte. Die SPD muss uns dazu nicht eigens auffordern. Auch diesen Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Triebel. Bitte schön.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Liebe Kollegin Eiling-Hütig, liebe Ute! Ich hätte zwei oder drei Fragen an dich. Ich war jetzt etwas verwirrt von deiner Rede. Zuerst sagst du, bayerische Schüler:innen brauchen keine Förderung, weil alles gut ist. Am Schluss brauchen sie doch die Förderung oder wir haben eine gewisse Förderung. Da war eine gewisse Inkonsistenz in deiner Haltung. Ich möchte nur sagen oder darauf hinweisen: Wir haben mit Recht die Stundenerhöhung in den Grundschulen, oder wir werden jetzt diesen Weg gehen. Das heißt definitiv, dass wir mehr Förderung brauchen.

Aber wie gesagt, war das bei dir jetzt nicht ganz klar, ob wir das überhaupt brauchen.

(Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Doch, doch, ich habe mich schon klar geäußert!)

Die zweite Frage ist: Ja, IGLU- und IQB-Studien sind da. Wir sind im Bundesvergleich an zweiter oder manchmal an erster Stelle. Ich frage mich, wieso ihr euch immer mit

dem Vizemeister oder mit dem Meister in der Bundesliga zufriedengebt. Ich möchte in der Champions League mitspielen.

(Martin Wagle (CSU): Dort, wo ihr mitspielt, gibt es keine Champions League!)

Das ist mein Anspruch,

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin!

Gabriele Triebel (GRÜNE): und das sollte unser Anspruch sein.

Dr. Ute Eiling-Hütig (CSU): Ich beantworte die zweite Frage zuerst: Wenn ich abwechselnd Erster oder Zweiter bin, dann fühle ich mich schon in der Champions League.

Das Zweite ist: Ich habe nicht gesagt, dass wir keine Förderprogramme brauchen, sondern dass wir Förderprogramme haben. Ich könnte jetzt noch drei Minuten reden oder auch sechs Minuten und alle Förderprogramme aufzeigen.

(Florian von Brunn (SPD): Bitte nicht!)

– Ja, sehen Sie, Herr von Brunn will es gar nicht hören.

Wir haben Förderprogramme, wir haben dieses System. Es geht ganz konkret um Ihre Anfrage oder um deine Anfrage, liebe Gabi, aus dem Antrag zu "gemeinsam.Brücken.bauen". Dazu habe ich etwas gesagt. Wir haben ein Maßnahmenpaket, das jetzt aufgelegt wird, das dem genau entgegenkommt. Insofern hast du das tatsächlich gerade falsch verstanden. Die Schülerinnen und Schüler, die bei uns Förderung brauchen, bekommen sie selbstverständlich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächstem erteile ich dem Kollegen Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Oskar Atzinger (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Fortes fortuna adiuvat. – Den Tapferen hilft das Glück. – Im Deutschen spricht man meist vom Glück des Tüchtigen. Aber warum sollte man tüchtig sein, wenn man auch von Bürgergeld ganz komfortabel leben kann?

Anstatt endlich wieder Fleiß, Leistung und Anstrengung auf den Stundenplan zu setzen, kommen die üblichen Ideen aus der Mottenkiste der Sozialromantiker und Realitätsverweigerer: Sozialindexe, sozioökonomische Herausforderungen, Ferienlager, Ganztagsbetreuung, Demokratiebildung. – All diese Schlagwörter helfen uns nicht weiter. Schon ein bayerischer Ministerpräsident sagte richtigerweise: "Die Migration ist die Mutter aller Probleme."

Wie soll Unterricht Wissen vermitteln, wenn an zahlreichen Schulen die Mehrheit der Schüler keine ausreichenden Deutschkenntnisse hat? Wie soll die Leistungsfähigkeit wiederhergestellt werden, wenn in zahlreichen Elternhäusern Leistung und Bildung auch kulturell einen eher geringen Stellenwert haben?

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Aber noch weit schlimmere Realitätsverweigerung betreiben die GRÜNEN in ihrem Antrag mit folgenden beiden Sätzen:

"Durch Corona haben alle Kinder und Jugendlichen gelitten. Die psychischen Erkrankungen sind massiv angestiegen."

Nein, nicht durch Corona als Erkrankung, sondern durch die Corona-Maßnahmen

(Beifall bei der AfD)

haben unsere bayerischen Jungen und Mädchen gelitten wie geprügelte Hunde.

Sich jetzt hinzustellen und Corona mit zum Sündenbock für die schlechten Pisa-Ergebnisse zu machen, ist an Heuchelei und Zynismus nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei der AfD)

Den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN lehnen wir genauso wie den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD ab, und ich kann bereits jetzt mitteilen, dass ein Antrag der AfD-Fraktion zur Wiederherstellung von Fleiß, Disziplin und Leistungsbereitschaft an den Schulen dem Landtagsamt als Drucksache vorliegt. Ich freue mich, diesen in einer der nächsten Sitzungen des Bildungsausschusses mit Ihnen zu diskutieren.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht als Nächster Dr. Martin Brunnhuber.

Dr. Martin Brunnhuber (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, auf den Pisa-Schock mit umfassenden Maßnahmen zu reagieren, kann man zum Teil gut finden. Er erhält Zustimmung dahingehend, dass Sie erkannt haben, dass jetzt Maßnahmen erforderlich sind, und das ist gut.

Zum Absinken der Schülerleistungen: Eigentlich muss man gar nicht dafür studieren, um sagen zu können, dass die Leistung nach der Corona-Pandemie schwächer wird. Wir haben einen zunehmenden Anteil an nicht deutschsprachigen Schülern und zum Teil 70 Stunden Bildschirmzeit. Das ist die Realität. Wie sollen die Leistungen besser werden?

Pisa ist aber nur ein Indiz dafür – das haben wir schon ein paar Mal gehört, auch von Frau Bäumler –, weil es nur ein Deutschland-Durchschnitt ist und keine Auswertungen

für Bayern zulässt. Deswegen muss ich sagen – ich habe den Antrag ganz genau durchgelesen –, dass der Antrag nett ist.

Warum nur nett und nicht gut? – Das will ich Ihnen jetzt erklären.

Sie fordern, dass man mit einem schulscharfen Sozialindex ein Netz über die Bildungslandschaft stülpt und dann mit diesem groben Netz erkennt: Ah, da sind Schulen, in denen es bestimmt eine hohe Anzahl an Schülern geben wird, die benachteiligt sind. Das ist nicht schlecht, aber auch nicht gut; denn es gibt hier keine Hinweise zu den Fragen, in welchen Klassen die Schüler mit Förderbedarf sitzen oder wer in der Klasse welchen Förderbedarf hat. Zur Beantwortung dieser Fragen ist dieses Instrument des schulscharfen Sozialindexes nicht geeignet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben schon gesagt, dass wir kein Erkenntnisproblem haben, sondern ein Umsetzungsproblem. Jetzt komme ich zur Praxis.

Ich selbst bin 22 Jahre Lehrer an beruflichen Schulen gewesen und habe genau hier, in der Berufsvorbereitung unterrichtet. Frau Dr. Eiling-Hütig hat vorher schon angemerkt, die Berufsvorbereitung stellt bestimmt das herausforderndste Schülerklientel dar, das es gibt. Individuelle Förderung wird hier unumgänglich, weil es gar nicht anders geht, sonst wirst du den Schulalltag nicht überleben. Was braucht man für individuelle Förderung? – Man braucht keinen Sozialindex, sondern drei wichtige Dinge.

Erstens. Man muss wissen, welcher Schüler welche Probleme hat.

Zweitens. Die Lehrer müssen vorbereitet sein und dann unterstützt werden. Vorbereitet werden sie durch gezielte Lehrerfortbildungen, und unterstützt werden sie durch Materialien, die ihnen an die Hand gegeben werden.

Drittens. Es müssen Freiräume von der Unterrichtsorganisation geschaffen werden, die eine Flexibilisierung der Stundentafel zulassen, damit man genau da seine

Schwerpunkte setzen kann, wo es gerade notwendig ist. – Das ist die Realität in den Schulen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich nenne jetzt ein Praxisbeispiel aus der Grund- und Mittelschule. Meine Beraterin habe ich heute im Bad getroffen; das ist nämlich meine Frau. Meine Frau ist Schulleiterin an einer Grund- und Mittelschule, und ich habe sie mal gefragt: Was brauchen denn die Leute vor Ort? Diese Grund- und Mittelschule liegt nicht einem sozial schwachen Gebiet, sondern im Chiemgau. Nebenbei bemerkt, der Chiemgau ist einer der schönsten Landkreise. – Das war der Werbeblock für den Chiemgau.

(Zurufe – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Ansichtssache! – Präsidentin Ilse Aigner: Der Chiemgau ist kein Landkreis!)

– Der Chiemgau ist kein Landkreis. Entschuldigung, Frau Landtagspräsidentin. Ein schöner Landstrich. Dann einigen wir uns auf Landstrich. – Diese Grundschule hat einen Migrationsanteil von knapp 40 %, ist also eine ganz normale Dorfschule. Dann frage ich meine Frau: Was braucht es denn vor Ort? Sie antwortet: Sprachstandserhebungen. Genau das haben wir vor. Wir müssen wissen, wo die Probleme liegen. Dann braucht es Programme zur Lese- und Schreibförderung. Genau das haben wir vor.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Echt? Ich habe bisher noch kein Programm gehört!)

Es braucht genügend gutes Personal und Möglichkeiten, eigenverantwortlich zu handeln, das heißt, von der Schule aus zum Schulamt, zur Regierung.

Was bieten wir? – Wir bieten dafür Anna – Anna Stolz, unsere Kultusministerin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Welche Maßnahmen hat Anna Stolz jetzt als Kultusministerin geplant? – Unter anderem diese oben genannten Maßnahmen. Meine Damen und Herren, das sind die

Maßnahmen, die wir hier brauchen – nicht einen Sozialindex. Ich gehe später gern auf inhaltliche Themen ein, weil ich glaube, dass hier gar nicht so viele sind, die sich so gut wie ich auskennen.

Ein vorbildlicher Prozess ist gestartet worden. Dieser Prozess hat gezeigt, wie man es machen muss. Man muss rausgehen und da hinhören, wo die Probleme sind, und man muss die Leute vor Ort mitnehmen. Der Prozess ist von unserer Kultusministerin vorbildlich umgesetzt worden. Dafür möchte ich jetzt Danke sagen. Vielen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ein vielfältiges Maßnahmenpaket ist geschnürt worden. Dieses Maßnahmenpaket bietet viel, viel mehr. Wenn Sie jetzt dieses Maßnahmenpaket auf diese vier Deutschstunden und zwei Mathematikstunden reduzieren, ist das nicht seriös. Punkt!

Zum zweiten Teil, zur Fortführung des Programms "gemeinsam.Brücken.bauen": Ich muss sagen, das Programm ist gut. Ich selbst war Schulleiter eines großen beruflichen Schulzentrums und habe von diesem Programm profitiert. Ja, die Eigenverantwortlichkeit der Schule mit Budgetverantwortung war gut. Ja, der psychosoziale Bereich konnte mit "gemeinsam.Brücken.bauen" aufgewertet werden, ja. Und nein, es geht nicht weiter, weil es ein Bundesprogramm ist und zum Ende dieses Schuljahres endet.

Die Erkenntnis aus "gemeinsam.Brücken.bauen" war aber, dass es große Probleme im psychosozialen Bereich gibt und die Schüler Unterstützung und Begleitung brauchen. So kommt es, dass eine Reaktion schon lange, bevor Sie an den Antrag gedacht haben, bei uns im Koalitionsvertrag verankert wurde. Im Koalitionsvertrag stehen nämlich 3.000 Stellen für multiprofessionelle Teams. Unter anderem sind das Sozialpädagogen oder Schulpsychologen. Das ist auch Realität, meine Damen und Herren.

Die Ferienprogramme: Ich bin voll dafür, dass man Ferienprogramme anbietet. Dass die Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen voll profitieren, kann ich auch nicht

sagen. Dieser Teil des Antrags ist nicht nur nett, sondern wirklich gut, aber er gehört nicht zum Antrag.

(Zurufe der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE) und Dr. Simone Strohmayr (SPD))

– Nein, denn da geht es nicht um Bildungserfolg, sondern um Ferienprogramme, und die fallen in die Zuständigkeit des Sozialministeriums.

Zusammenfassend muss man sagen, dass das Maßnahmenpaket der Kultusministerin hervorragend ist. Es schafft Freiräume an den Schulen. Gute Materialien werden zur Verfügung gestellt. Die Kollegen vor Ort werden unterstützt. Zudem bietet es eine größtmögliche Flexibilisierung in der Schulorganisation. Diese Pakete bilden weit mehr ab, als Sie uns in Ihrem Antrag vorgeworfen haben: dass es nur um diese paar Stunden Deutsch und Mathematik geht. Die Umsetzung dieses Maßnahmenpakets – das muss man wirklich sagen – sollen die Profis vor Ort machen. Das sind die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen.

Fazit: Der Antrag ist nett. Unser Maßnahmenpaket ist aber gut. Deswegen kann dem Antrag nicht zugestimmt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Abschließend spricht in der Debatte Staatsministerin Stolz.

Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dankbar für den Dringlichkeitsantrag, weil er mir die Gelegenheit gibt, meine Pisa-Offensive Bayern hier im Landtag noch einmal vorzustellen. Das ist auch dringend erforderlich; denn wie der Antrag mir zeigt, ist noch nicht annähernd angekommen, was alles in dieser groß angelegten Offensive enthalten ist. Lassen Sie mich deswegen kurz zurückblicken auf das, was in den letzten Wochen alles passiert ist.

Anfang Dezember kamen die Pisa-Ergebnisse heraus, wurden veröffentlicht. Ich habe es mehrfach gesagt: Die Ergebnisse haben mich nicht überrascht, aber sie haben mich alarmiert. Ich möchte noch einmal klarstellen: Pisa liefert bundesweite Ergebnisse, keine Ergebnisse für Bayern. Bayern steht bei den länderspezifischen Erhebungen immer mit an der Spitze. Das haben wir heute schon mehrfach gehört. Dennoch – das möchte ich auch betonen – wissen wir, dass wir auch in Bayern Leistungsrückgänge zu verzeichnen haben.

Deswegen habe ich nicht gezögert. Ich habe sofort gehandelt. Ich habe mehrere Expertenrunden einberufen, viele Gespräche geführt mit der Schulfamilie, mit der Wissenschaft, mit der Wirtschaft; denn mein oberstes Ziel ist es, die Kinder in Bayern stark zu machen. Da bin ich einfach der festen Überzeugung: Lesen, Schreiben und Rechnen sind das Wichtigste, was unsere Kinder können müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das Ergebnis ist ein umfassendes Maßnahmenpaket, die Pisa-Offensive Bayern.

Erster wichtiger Teil des Maßnahmenpakets sind sechs Stunden mehr Zeit – sechs Stunden mehr Zeit für Lesen, Schreiben, Rechnen. Mich freut, dass Sie das im Antrag auch anerkennen. Sie verkennen aber, dass das Maßnahmenpaket sehr viel mehr ist als eben nur diese Zeit; denn Zeit allein bringt natürlich wenig. Entscheidend ist, diese gewonnene Zeit dann auch zielgerichtet zu nutzen.

Deswegen gehört zweitens zum Paket, dass wir verbindliche Lesescreenings einführen, um den Lehrkräften noch besser Aufschluss über die Lesefähigkeit des einzelnen Schülers, der einzelnen Schülerin zu geben und zielgerichtete Diagnosen zu ermöglichen. Zweitens also Diagnostik.

Drittens werden wir den Schulen innovative und wissenschaftsbasierte Programme und Materialien zur Verfügung stellen.

Viertens wird es eine Fortbildungsoffensive für unsere Lehrkräfte geben; denn um einen an den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen orientierten Unterricht zu gewährleisten, brauchen unsere Lehrkräfte natürlich auch fortlaufend qualitativ hochwertige Fortbildungen.

Fünftens gehört dazu, dass wir verpflichtende Sprachtests bei der Einschulung und damit einhergehend eine noch intensivere frühkindliche Förderung einführen.

Sechstens ist es mir persönlich auch enorm wichtig, die Zusammenarbeit mit den Eltern und den Erziehungsberechtigten zu stärken; denn sie sind entscheidende Partner für eine gelingende Leseerziehung in der Schule.

Siebtens und letztens gehört auch dazu, dass wir die Lehrpläne daraufhin überprüfen, wo mehr Raum für die Basiskompetenzen geschaffen werden kann. Das, meine Damen und Herren, ist die Pisa-Offensive Bayern und nicht weniger.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jedes Kind in seiner Persönlichkeit sowie mit seinen individuellen Fähigkeiten und Begabungen wahrzunehmen und dann entsprechend individuell zu fördern, darum geht es. Ich danke an dieser Stelle all unseren Lehrkräften in Bayern, die jeden Tag mit viel Herzblut und Engagement genau das an unseren Schulen tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich möchte einen Satz aus dem Antrag der GRÜNEN besonders hervorheben. Dieser lautet: "Denn Pisa und andere Bildungsstudien zeigen auch, dass wir in Deutschland besonders schlecht sind, was die soziale Gerechtigkeit angeht." Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, zur Feststellung, dass wir in Deutschland besonders schlecht seien, möchte ich sagen: Wir sind hier zum Glück in Bayern und besonders gut. Ich bitte darum, dies auch einmal zur Kenntnis zu nehmen. Wir haben gehört, mehrere Studien haben gezeigt, dass gerade das Vermeiden von Bildungsarmut und besonders geringe Leistungsunterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Zu-

wanderungshintergrund zu den besonderen Stärken in Bayern zählen. Selbstverständlich haben auch wir Herausforderungen, aber ich verwehre mich dagegen, immer alles schlechtzureden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Jetzt noch zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD: Selbstverständlich werden wir unsere Förderangebote für die Kinder im Vorschulalter intensivieren. Ich habe es in meinem Maßnahmenpaket dargestellt. Selbstverständlich werden wir auch nicht einfach Fächer kürzen. Es geht darum, Fächer zu flexibilisieren und dadurch unseren Lehrkräften, den Profis vor Ort, mehr Freiräume zu geben. Selbstverständlich gibt es auch mehr Personal, Lehrkräfte, multiprofessionelle Teams, Verwaltungsangestellte und Schulassistenzen. 9.000 Stellen sind im Koalitionsvertrag vereinbart. Auch dies haben wir gehört. Hier baue ich schon jetzt auf Ihre Zustimmung zum Haushalt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Die Anträge verkennen somit die gesamte Tragweite der Pisa-Offensive Bayern. Sie verkennen die bereits vorhandenen und die geplanten Maßnahmen. Wir in Bayern sind schon wesentlich weiter. Bayern geht hier voran. Ich muss auch einmal fragen: Haben Sie denn schon einmal gehört, welche Maßnahmen in den anderen Ländern in Reaktion auf Pisa ergriffen werden? – Ich jedenfalls nicht. Die Anträge lehne ich ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Zuerst hat jetzt Frau Kollegin Strohmayr eine Nachfrage. Eine zweite Nachfrage kommt dann von Frau Kollegin Triebel.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben gesagt, man solle nicht alles schlechtreden. Ich möchte Sie jetzt erst einmal loben. Ich finde es nämlich gut, dass Sie feststellen, auch in Bayern gibt es Defizite, weil dem einfach so

ist. Wir hatten auch in Bayern COVID und das Problem, dass die Schulen geschlossen waren. Natürlich spiegelt Pisa nicht nur die Ergebnisse auf Bundesebene wider, sondern so oder so ähnlich auch die in Bayern. Hier danke ich Ihnen für Ihre Offenheit.

Sie haben noch einmal Ihr Pisa-Aufholprogramm dargestellt. Hier ist sicherlich einiges Gutes dabei. Für mich ist nach wie vor ungeklärt, wie es in den Schulen klappen soll, mehr Deutsch und mehr Mathe zu unterrichten, wenn man nicht klar sagt, was dafür wegfallen soll. Deswegen haben wir den Antrag auch so gestellt. Wir werden sehr genau beobachten, wie dies dann letztendlich in den Schulen umgesetzt werden kann.

Zu Herrn Brunnhuber wollte ich noch sagen, dass ich finde, seine Frau hat recht: Sprachstandserhebungen, um zu sehen, wo die Kinder stehen, aber dann müssen auch die Vorkurse folgen. Es ist falsch, wenn Vorkurse ausfallen.

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin, die Redezeit ist beendet.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ja, schade, ich wollte noch drei Worte zum Startchancen-Programm sagen, aber das sage ich Ihnen persönlich.

Präsidentin Ilse Aigner: Jetzt hat Frau Ministerin das Wort.

Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Ich habe keine Frage gehört, aber von "Defiziten" in Bayern. Davon habe ich nicht gesprochen. Ich habe von Herausforderungen gesprochen. Diese haben wir sicherlich, und diese packen wir kräftig an, Frau Kollegin. Dessen können Sie sicher sein.

Präsidentin Ilse Aigner: Dann habe ich noch eine zweite Zwischenfrage: von Frau Kollegin Triebel.

Gabriele Triebel (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie sind jetzt gar nicht auf den Sozialindex eingegangen. Mit dem Startchancen-Programm müssen wir so etwas in der Art einführen. Konkrete Frage: Führen wir jetzt in Bayern den Sozialindex ein oder nicht? Die Vbw, Ihr Partner in der Stiftung Bildungspakt Bayern, hat ihn klar gefordert. Des-

wegen die Frage an Sie bzw. die Staatsregierung: Wird er in Bayern kommen oder nicht?

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Anna Stolz (Unterricht und Kultus): Vielen Dank für die Nachfrage. Zum Sozialindex kann ich sagen, ich persönlich bin kein Fan davon, weil ich der Meinung bin, wir brauchen passgenaue Maßnahmen vor Ort. Ein Sozialindex – auch das haben wir schon gehört – kann eine Stigmatisierung der Schulen fördern. Wir werden aber im Zuge des Startchancen-Programms des Bundes einen Sozialindex einführen, weil uns der Bund dies vorschreibt. Wir werden es aber differenzierter tun. Wir werden nicht nur die zwei Mindestvoraussetzungen bzw. -indikatoren des Bundes heranziehen, Armut und Migration, sondern sehr viel differenzierter vorgehen.

Ich möchte aber, wenn wir schon beim Thema Startchancen-Programm sind, darauf hinweisen, dass dieses einen hohen Bürokratieaufwand für unsere Schulen mit sich bringt. Gerade habe ich eine großangelegte Entbürokratisierungsaktion an unseren Schulen gestartet. Das Startchancen-Programm konterkariert die Bemühungen, unsere Schulen zu entlasten und mehr Zeit für die pädagogische Arbeit zu geben. Dies muss an der Stelle auch einmal deutlich gesagt und kritisiert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich sehr herzlich eine Delegation unseres befreundeten Parlaments in Nordrhein-Westfalen mit Herrn Parlamentspräsident André Kuper an der Spitze, mit Frau Vizepräsidentin Berivan Aymaz und Herrn Direktor Thomas Dautzenberg begrüßen. Ein herzliches Willkommen an die Delegation!

(Allgemeiner Beifall)

Mir sei noch persönlich der Hinweis erlaubt: Wir haben eine Bronzemedailhengewinnerin im Eishockey der Jugend-Winterspiele 2024 in Gangwon in Südkorea unter uns, Emilija Birka.

(Allgemeiner Beifall)

Als Schülerin des Gymnasiums hat sie die letzte Debatte wahrscheinlich anders mitverfolgt.

Jetzt rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf. Es geht um den – –

(Zuruf: Abstimmung!)

– Ach, abstimmen müssen wir auch noch. Natürlich! Jetzt hätte ich vor lauter Freude fast die Abstimmung übersehen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/491 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

(Zuruf: Nachzieher?)

– Wie bitte? Einen Nachzieher haben wir auch noch? Entschuldigung, ich bin ganz durcheinander.

Wer will dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/504 zustimmen? – Das sind ebenfalls GRÜNE und SPD. Gegenstimmen! – CSU, FREIE WÄHLER und AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Wunderbar, jetzt haben wir es aber endgültig.